

Bern, 26. November 2018

Wintersession 2018: Empfehlungen von AvenirSocial

Sehr geehrte Ständerätinnen und Ständeräte

Wir übermitteln Ihnen hiermit unsere Haltung zu einzelnen, für uns relevanten Geschäften, welche Sie in der Wintersession behandeln.

[AvenirSocial](#) ist der Berufsverband der Sozialen Arbeit, wir vereinigen über 3'600 Mitglieder und vertreten die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Kindererziehung und Sozialpädagogischer Werkstattleitung. Was Sie als Parlamentarierin oder Parlamentarier entscheiden, hat direkte Folgen für die Profession, die Fachpersonen und die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass diese Entscheidungen zu Gunsten des Ziels der Sozialen Arbeit ausfallen, also die Ermächtigung der Menschen, so dass eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

13.407 – Parl. Initiative «Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung», Behandlung am 28. November

Empfehlung: Annahme Erweiterung um beide Kriterien (sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität)

Aufrufe zu Hass gegenüber Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität sind heute nicht strafrechtlich belangbar. Die von Nationalrat Reynard initiierte parlamentarische Initiative verankert den Schutz vor Diskriminierung von diesen besonders vulnerablen Mitgliedern unserer Gesellschaft auf Gesetzesebene.

Die Anpassung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes um die Kriterien sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität erachten wir als äusserst notwendig, denn Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transmenschen und Intersexuelle sind überdurchschnittlich oft von Stigmatisierung und Diskriminierung betroffen und werden gesellschaftlich ausgeschlossen. Deshalb ersuchen wir Sie, der Kommissionmehrheit zu folgen und den Gesetzesartikel um die zwei Kriterien zu erweitern.

18.3935 – Motion Germann «Uno-Migrationspakt. Keine Unterzeichnung durch die Schweiz» sowie 18.4103 – Motion SPK «Uno-Migrationspakt. Zustimmungsentscheid der Bundesversammlung unterbreiten», Behandlung am 29. November

Empfehlung: Ablehnung beider Motionen

Der UNO-Migrationspakt, an dessen Ausarbeitung die Schweiz massgeblich beteiligt war, hat zum Ziel, die Herausforderungen einer globalen Welt, in der Migration dazu gehört, koordiniert anzugehen. Mit dem Pakt sollen Ziele und Massnahmen definiert werden, die Migration so

sicher wie möglich zu machen: Eindämmung von Menschenhandel und -schmuggel, Stärkung der Menschenrechte von Personen, die ihren Heimatstaat verlassen, Stärkung der Hilfe vor Ort. Dabei geht es nicht um neue Rechte, sondern um eine Bekräftigung der unterzeichnenden Staaten, die bestehenden Rechte von Migrantinnen und Migranten umzusetzen (beispielsweise das Non-Refoulement-Gebot).

AvenirSocial setzt sich in seiner täglichen Arbeit für die Stärkung der Menschenrechte ein, die jedem und jeder zustehen. Deshalb appellieren wir an Sie, die zwei Motionen abzulehnen, so dass der Bundesrat den Pakt schnellstmöglich unterzeichnen kann. Alles andere wäre ein politisch fatales Zeichen im In- und Ausland und an die Migrantinnen und Migranten!

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen

Annina Grob
Co-Geschäftsleiterin

Lukas Geiger
Grundlagen- und Kampagnenarbeit